

BAYERISCHER OBERSTER RECHNUNGSHOF

Jahresbericht 2005

Kurzfassung *)



*) ohne Abschnitt I

II. Prüfungsergebnisse

A. Ressortübergreifende Ergebnisse

15 Externe Beratung und externes Controlling der regionalen Technologiekonzepte der High-Tech-Offensive Bayern

Im Rahmen der High-Tech-Offensive-Bayern wurden auch regionale Technologiekonzepte gefördert. Externe Sachverständige waren bei der Auswahl der regionalen Projekte und dem begleitenden Controlling beteiligt. Vergabe, Vertragsgestaltung sowie haushaltsmäßige Abwicklung waren jedoch mangelhaft. Vor allem aber wurden die mit der Einschaltung der Externen angestrebten Ziele trotz Kosten von fast 4 Mio € nicht erreicht.

B. Ergebnisse aus den Geschäftsbereichen

Staatsministerium des Innern

16 Dienstsport bei der Polizei

Von den vorgeschriebenen vier Stunden Dienstsport werden durchschnittlich nur zwei Stunden pro Monat geleistet. Die Teilnahme ist außerordentlich unterschiedlich; sie ist weitgehend in das Ermessen der einzelnen Beamten gestellt. Leistungsüberprüfungen finden nicht statt.

Der ORH hat eine grundlegende Überprüfung des Dienstsports gefordert.

17 Fahrzeug- und Gerätedienste der Straßenbauverwaltung

Die Verwaltung hat Anregungen des ORH zu organisatorischen Veränderungen und Vergaben an Private aufgegriffen. Dies führt zu Einsparungen im Staatshaushalt.

18 High-Tech-Offensive Bayern - Projekt „Media@Komm - RegioSignCard“

Für ein bereits laufendes und durchfinanziertes Förderprojekt des Bundes zum Einsatz der elektronischen Signatur für kommunale Online-Anwendungen gewährte der Staat eine Zuwendung von 10,2 Mio €. Diese zusätzliche Förderung war nicht erforderlich und hat ihr Ziel nicht erreicht.

Staatsministerium der Justiz

19 IuK-Einsatz in der Justiz

Mit dem Projekt bajTECH2000 sollen rd. 12 000 Arbeitsplätze mit neuen IuK-Verfahren und PCs ausgestattet werden. Dafür waren bis 2010 Haushaltsmittel von rd. 350 Mio € vorgesehen. Die Wirtschaftlichkeit dieses Vorhabens ist bislang nicht nachgewiesen.

Der ORH ist der Auffassung, dass das mit den bisherigen und künftigen DV-Verfahren verbundene Einsparpotential um ein Mehrfaches höher liegt als vom Staatsministerium angegeben. Der ORH schätzt es auf mehr als 750 Stellen.

20 Ausgaben für die Medikamentenversorgung der Gefangenen

Der ORH hat bei der notwendigen Medikamentenversorgung der Gefangenen erhebliche Wirtschaftlichkeitspotentiale festgestellt.

Nach umfangreichen Analysen hat die Verwaltung Maßnahmen ergriffen, die ab 2005 zu jährlichen Einsparungen von 1 Mio € bzw. 40 % der bisherigen Ausgaben führen.

Staatsministerium für Unterricht und Kultus

21 Mängel bei staatlich verwalteten Stiftungen

Bei verschiedenen staatlich verwalteten Stiftungen des öffentlichen Rechts wurden erhebliche Mängel festgestellt.

Der ORH fordert, Stiftungen aus der staatlichen Verwaltung zu entlassen, wenn der Stiftungszweck nicht zu den staatlichen Aufgaben gehört.

22 Staatliche Baupflicht an kirchlichen Gebäuden

Für die staatliche Baupflicht an kirchlichen Gebäuden gibt der Staat jährlich 22 Mio € aus. Die Verfahrensabläufe sind äußerst kompliziert und arbeitsaufwendig und binden zu viel staatliches Personal. Kurzfristig könnte die Baupflicht für die Pfarrhöfe durch die jährliche Zahlung einer Pauschalsumme erfüllt werden. Langfristig hält der ORH eine Ablösung der gesamten staatlichen Baupflicht für die beste Lösung.

Staatsministerium der Finanzen

23 Bayerische Landesstiftung

Das Vermögen der Bayerischen Landesstiftung besteht immer noch im Wesentlichen aus Aktien eines einzigen Unternehmens. Durch den Ausfall der Dividendenausschüttungen seit 2003 gingen die jährlichen Einnahmen der Stiftung von 24 auf 3 Mio € zurück. Der ORH empfiehlt, wie schon in seinem Jahresbericht 1996, diese risikoreiche Vermögensanlage so umzuschichten, dass sie die erforderliche Sicherheit wie auch einen stetigen Ertrag gewährleistet.

24 Umsatzsteuer-Sonderprüfung

Die derzeitige Mehrergebnisstatistik der Umsatzsteuer-Prüfungsstellen ist für eine effiziente Arbeitssteuerung nicht differenziert genug und führt zu Fehlsteuerungen. Die Zahl der Prüfungen, die keine oder nur geringe Mehreinnahmen erbringen, muss verringert werden.

Die Prüfungsdichte ist insgesamt zu erhöhen. Die von der Verwaltung beabsichtigte Personalverstärkung sollte möglichst bald erfolgen.

25 Betriebsprüfung

Für eine effiziente Arbeitssteuerung und ein wirksames Risikomanagement in der Betriebsprüfung müssen die Aussagekraft der Statistiken erhöht und der IT-Einsatz verbessert werden.

Bei den Sachgebietsleitern sind Einsparpotentiale vorhanden. Diese können genutzt werden, um die Unterbesetzung bei den Betriebsprüfern zu reduzieren. Auch die Zahl der Schreibkräfte kann verringert werden.

Die zeitliche Abwicklung der Prüfungen sollte gestrafft werden.

26 Vollstreckungsstellen der Finanzämter

Bei der Bearbeitung gewichtiger Vollstreckungsfälle hat der ORH erhebliche Mängel festgestellt. Die Vollstreckung ist zeitnah und konsequent durchzuführen. Hierfür muss ausreichend Personal zur Verfügung gestellt werden.

In Insolvenzverfahren entstehen aufgrund der derzeitigen unbefriedigenden Rechtslage hohe Steuerausfälle bei der Umsatzsteuer und durch Anfechtungen.

Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

27 Förderung einer außeruniversitären Forschungseinrichtung

Der Staat fördert eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung institutionell und bezahlt bei Drittmittelprojekten erneut Personalkosten, die bereits in der Förderung enthalten sind. Dies ist unzulässig.

28 Förderung der Erschließung von Industriegelände

Bei der Förderung von Industriegelände wurden Millionenbeträge fehlgeleitet. Die Kommunen haben die staatlichen Zuschüsse als Einnahme behalten und nur zu einem geringen Teil an die Betriebe weitergegeben. Mehrfach wurde die überwiegende Ansiedlung von Betrieben mit Primäreffekt nicht erreicht. In einem Fall standen nicht einmal die erschlossenen Flächen als Gewerbegebiet zur Verfügung, weil sie weiterhin landwirtschaftlich genutzt werden.

29 Förderungen im öffentlichen Personennahverkehr

Die Rechnungsprüfung hat bei den Förderungen im Bereich des ÖPNV erhebliche Fehlsteuerungen festgestellt:

Eine mit 2,4 Mio € geförderte Beschleunigung einer Buslinie führte zu einer Fahrzeitverkürzung von lediglich einer Minute.

Parkplätze entlang des Schienenpersonennahverkehrs, die der Staat zu 100 % bezuschusste, sind teilweise beträchtlich überdimensioniert.

Fehlender Wettbewerb bei Lichtsignalanlagen und Verkehrsrechnern verhindert kostengünstigere Beschaffungen.

Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten

30 Agrarinvestitionsförderprogramm

Die Landwirtschaftsverwaltung hat es unterlassen, gebotene Rückforderungen in Millionenhöhe geltend zu machen. Selbst bei Subventionsbetrug mussten Zuwendungsempfänger häufig nichts oder nur geringe Beträge zurückzahlen.

31 Qualifizierungsmaßnahmen für Landwirte und deren Familienangehörige aus dem Europäischen Sozialfonds

Der Freistaat Bayern fördert als Qualifizierungsmaßnahmen für Landwirte und deren Familienangehörige Seminare mit starkem Bezug zur Freizeitgestaltung oder mit häufig allgemein bildendem Charakter. Um dafür 633 000 € aus dem Europäischen Sozialfonds abzurufen, muss er rd. 1,3 Mio € aus seinem Haushalt aufwenden. Aus der Sicht des ORH sind die geförderten Maßnahmen nur von geringem Nutzen. Er empfiehlt, aus dieser Förderung auszusteigen.

32 Förderung von Aquakultur- und Binnenfischereimaßnahmen

Für die Förderung der Erwerbsfischerei wurden in den Jahren 2002 und 2003 rd. 4,5 Mio € aus dem Staatshaushalt und aus EU-Mitteln bewilligt. Bei 75 % der Fälle handelte es sich um Förderungen von weniger als 5 000 €. Die finanzielle Leistungsfähigkeit der Antragsteller blieb unberücksichtigt.

Der ORH empfiehlt, das Förderprogramm aufzugeben und künftig auf die EU-Mittel zu verzichten. Damit könnten staatliche Haushaltsmittel (einschließlich der Personalkosten) in einer Größenordnung von jährlich mehr als 1 Mio € eingespart werden.

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

33 Landesprüfungsamt für Sozialversicherung

Die Kosten des Landesprüfungsamts werden nach einer 1960 erlassenen Verwaltungsregelung zu 70 % von den Sozialversicherungsträgern und zu 30 % vom Freistaat Bayern getragen. Die maßgeblichen Verhältnisse für diese Pauschalierung haben sich verändert. Der ORH hält allenfalls noch einen staatlichen Kostenanteil von 10 % für angemessen. Der Staatshaushalt würde jährlich um mehr als eine halbe Million Euro entlastet.

34 Förderung der vollstationären Altenpflegeeinrichtungen

Der Grundbedarf an Pflegeplätzen ist zwischenzeitlich gedeckt. Der ORH hat deshalb angeregt, neue Pflegeplätze nicht mehr staatlich zu fördern. Die Staatsregierung hat die Förderung von Neubauten daraufhin eingestellt und fördert nur noch bereits genehmigte Objekte. Künftig können jährlich etwa 20 Mio € allein an Fördermitteln eingespart werden. Ob Ersatzneubauten und Modernisierungen weiterhin gefördert werden, sollte aufgrund der weiteren Entwicklung des stationären Altenpflegebereichs entschieden werden.

35 Unterbringung und Betreuung von Aussiedlern, Asylbewerbern und sonstigen Flüchtlingen

Die Zahl der Aussiedler, Asylbewerber und sonstigen Flüchtlinge, die vom Freistaat Bayern unterzubringen sind, ist in den vergangenen zehn Jahren stark zurückgegangen. Die UnterkunftsKapazitäten und das eingesetzte Personal wurden aber nicht entsprechend abgebaut. Das vom ORH ermittelte Einsparvolumen beläuft sich auf über 200 Stellen mit Personalkosten von 10 Mio € und 20 Mio € Sachkosten jährlich und kann mittelfristig umgesetzt werden.

36 Krankenhausfinanzierung

Die Prüfung von Krankenhausbaumaßnahmen führte zu Rückforderungen von 15 Mio €. Anregungen des ORH zur Festbetragsförderung werden weitgehend im Entwurf zum neuen Bayerischen Krankenhausgesetz berücksichtigt. Die Festbeträge sind vor Ausführung der Baumaßnahmen möglichst realistisch festzulegen. Die verwaltungsaufwendige Indexfortschreibung sollte entfallen.

Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

37 Entgelte für die Wasserlieferung aus Trinkwasserspeichern

Der Staat legt seine Kosten für die Wasserlieferung aus zwei Trinkwassertalsperren nur unzureichend auf die Zweckverbände um.

38 Altlastensanierung eines Industriegeländes

Für die Altlastensanierung einer ehemaligen Zellstofffabrik hat der Staat 15 Mio € aufgewendet. Die Wertsteigerung der wieder nutzbaren Gewerbefläche kommt einer kommunalen Entwicklungsgesellschaft zugute, ohne dass der Staat daran beteiligt ist.

Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

39 Einnahmen der Hochschulen durch Weiterbildung

Die Hochschulen könnten mit Weiterbildung zusätzliche Einnahmen erzielen. Dazu wären die Angebote auszuweiten und alle Kosten in die Ermittlung der Teilnehmerentgelte einzubeziehen.

40 Personalkosten im Pflegedienst der Universitätsklinika

Eine Untersuchung der Kosten des Pflegepersonals an den fünf Universitätsklinika hat erhebliche Unterschiede ergeben. Nach Ansicht des ORH besteht in diesem Bereich ein beträchtliches Potential zur Kostensenkung.

41 Leistungsbezogene Mittelverteilung an den Staatlichen Museen und Sammlungen

Der ORH empfiehlt, künftig neben einer Basisfinanzierung einen Teil der Staatsfinanzen für die Staatlichen Museen und Sammlungen nach Leistungskriterien zu verteilen, um Wirtschaftlichkeitsreserven besser zu erschließen.

42 Thurn und Taxis Museum

In Regensburg wurde 1998 ein Zweigmuseum des Bayerischen Nationalmuseums eröffnet, in dem die 1993 vom Freistaat Bayern für 22 Mio € erworbenen Kunstgegenstände des Fürstenhauses Thurn und Taxis ausgestellt sind. Die Besucherzahlen sind von über 40 000 im Jahr 1999 auf nur noch 635 im Jahr 2004 zurückgegangen, weil die Stadt Regensburg ihren Verpflichtungen nicht nachkommt.

Der ORH hält es für erforderlich, der Bevölkerung diesen seit Jahrzehnten größten Kunsterwerb besser darzubieten.